

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Erfolgreicher Start:
Auftakt von „Thüringen.
Gleich gut“ in Greiz

6 Inklusionsunternehmen:
Lebenshilfe Erfurt zeigt sich
als Positivbeispiel

8 Die letzte Seite: Buchvor-
stellung von „Die letzten
Männer des Westens“

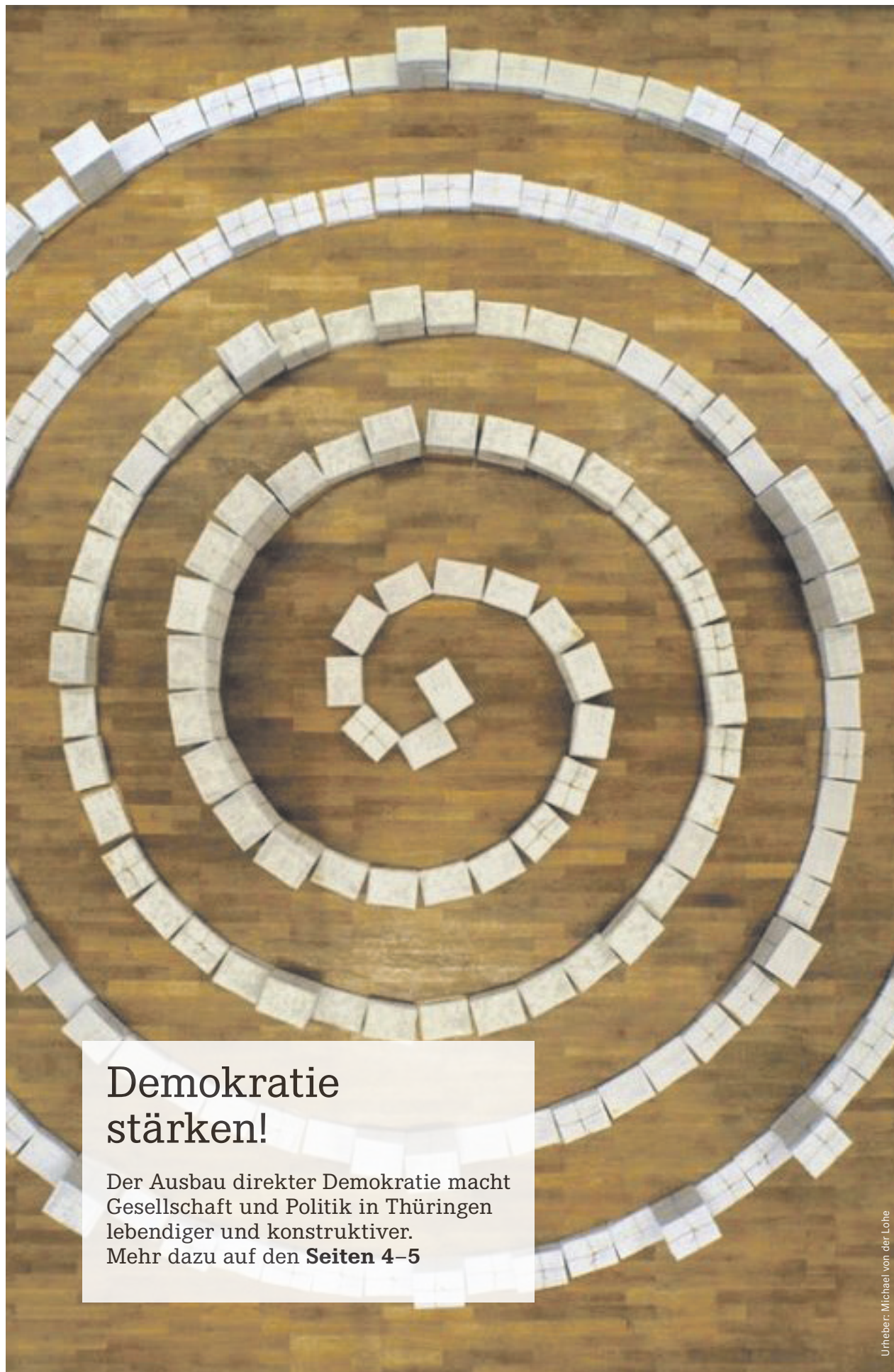


Neue Verhältnisse

In der Demokratie ist jede Entscheidung auf eine Mehrheitsentscheidung der Bürger:innen zurückzuführen. In den letzten Jahren ist die repräsentative Demokratie, bei der die Wähler:innen durch die Gewählten repräsentiert werden und an deren Stelle Entscheidungen treffen, zunehmend unter Druck geraten. Es machte sich die Überzeugung breit, dass politische Entscheidungen weit weg von den Interessen in der Gesellschaft getroffen wurden. Und in der Tat, schaut man sich zu einzelnen Themen Meinungsbilder einerseits und Entscheidungen andererseits an, erkennt man - nicht immer - Differenzen.

Unstrittig ist, dass Argumente und Herleitungen für politische Entscheidungen, die sich mit zumeist komplexen Sachverhalten und ihren langfristigen Wirkungen intensiv beschäftigt haben, kaum mit einer bloßen Meinung entkräftet werden können. Unstrittig ist auch, dass Grundlage einer jeden politischen Entscheidung ein Wertefundament ist, das sich gravierend unterscheiden kann. Beides macht die Demokratie in der Praxis ebenso anspruchsvoll wie spannend. Expert:innenwissen auf der einen Seite und Meinungen auf der anderen, muss die Politik zur Transparenz, also zum Austausch über Entscheidungsgründe und Information über Zusammenhänge zwingen. Während wertebasierte Entscheidungen nicht allein den Repräsentant:innen überlassen bleiben dürfen, sondern durch Formen der direkten Demokratie begleitet und ergänzt werden. Das Verhältnis von repräsentativer Demokratie und direkter Demokratie muss sich neu einstellen und die Demokratie in Gänze moderner werden. Darüber zu reden, ist notwendig, denn nur so verteidigen wir die Demokratie vor denen, die die Unzufriedenheit mit ihr ausnutzen wollen, um sie abzuschaffen.

Steffen Dittes, Fraktionsvorsitzender



Demokratie stärken!

Der Ausbau direkter Demokratie macht Gesellschaft und Politik in Thüringen lebendiger und konstruktiver. Mehr dazu auf den **Seiten 4-5**

Linker Ticker

Der Bundestag hat eine Erhöhung der Bafög-Sätze um knapp sechs Prozent beschlossen. „Dies ist allerdings nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Für eine grundlegende Reform, wie sie die Ampelkoalition angekündigt hatte, ist leider nicht gesorgt worden“, kritisiert **Christian Schaft**, hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion. Der Abgeordnete erklärt vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen: „Die Erhöhung der Fördersätze wird durch die Inflation der letzten Monate aufgefressen. Eine armutsfeste Förderung, wie sie auch die Parität vor kurzem gefordert hat, bleibt damit aus, obwohl es sie dringend bräuchte.“ Nach einer Expertise der Forschungsstelle des Paritätischen sind 30 Prozent der Studierenden in Deutschland von Armut betroffen. Angesichts der weiter steigenden Preise für den Lebensunterhalt müssen die nächsten Reformschritte schon jetzt auf den Weg gebracht werden. +++ An einigen Schulen in Thüringen wird immer wieder über die Einführung von Bekleidungsvorschriften diskutiert. Auf Antrag der Fraktionen der rot-rot-grünen Koalition hat sich der Bildungsausschuss mit dieser Frage beschäftigt. Wer ist befugt, in dieser Frage Entscheidungen zu treffen? Zum Diskussionsergebnis im Bildungsausschuss teilt **Torsten Wolf**, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion, mit: „Ganz offensichtlich sind allgemeine Bekleidungsvorschriften für Schülerinnen und Schüler grundsätzlich unzulässig, wenn die Kleidung nicht gegen die politische Neutralität verstößt oder rechtsradikale, antisemitische oder die religiösen Gefühle beleidigende Zeichen oder Aufdrucke hat. Ebenso können allgemeine Empfehlungen hinsichtlich Schulfarben oder -logos ausgesprochen werden, wenn sich alle Gruppen an einer Schule in der Schulkonferenz auf bestimmte Regeln geeinigt haben. Wenn Schülerinnen und Schüler hinsichtlich ihrer Kleidung, z.B. bei bauchfreien Oberteilen, angesprochen werden, ist der erste Weg zum Vertrauenslehrer oder zur Schulleitung. Wir jedenfalls finden es gut, wenn unsere Schulen auch zukünftig bunt und lebendig sind und rufen die Verantwortlichen vor Ort auf, zurückhaltend und verantwortungsvoll und vor allem die Persönlichkeitsrechte während mit Bestimmungen für die Bekleidung von Schüler:innen umzugehen“, so Wolf abschließend.

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Redaktion: Lisa Hilpert, Lukas Krause
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler
Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
Web: www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 07. Juli 2022

Der Anfang ist gemacht

„Thüringen. Überall gleich gut“ ist in Greiz gestartet



Prof. Dr. Barbara Schöningh bei ihrem Fachvortrag in Greiz
Sie zeigte unter anderem die Besonderheit der räumlichen Struktur Thüringens auf

Die mehr als zwei Millionen Thüringerinnen und Thüringer leben in 631 Städten und Gemeinden. Die Entscheidung über die Wahl des Lebensortes wird dabei von vielen Faktoren bestimmt, die zusammen über die Lebensqualität entscheiden. Der Zugang zu Arbeit, Bildung und gesundheitlicher Versorgung sind dabei ebenso entscheidend wie Mobilität, Wohnraum, kulturelle und soziale Angebote sowie Erholungsmöglichkeiten. Politisches Ziel der Fraktion DIE LINKE ist es, für Lebensverhältnisse in Thüringen zu sorgen, dass Menschen frei von ökonomischen oder strukturellen Zwängen über ihren Lebensort und den ihrer Kinder entsprechend ihren persönlichen Vorstellungen entscheiden können. Für den ländlichen Raum bedeutet dies, Nachteile und Hürden abzubauen, die im ländlichen Raum lebenden Menschen eine gleichwertige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschweren oder verhindern. In den kommenden Monaten und Jahren wird die Fraktion DIE LINKE an verschiedenen Orten Thüringens Fraktionssitzungen zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen durchführen und sich dem Thema der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Thüringen verstärkt widmen. Gemeinsam mit Fachverbänden, Kommunalpolitiker:innen, Initiativen und den Menschen vor Ort werden wir die konkreten, an den Lebensrealitäten der Menschen in Thüringen anknüpfenden, Fragestellungen diskutieren und konkrete Konzepte für eine Politik zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Thüringen entwickeln. „Thüringen. Überall gleich gut.“ - nicht weniger ist Ziel unserer politischen Arbeit.

Zur Auftaktveranstaltung in Greiz fanden nach einer auswärtigen Fraktionssitzung im Schlossberghotel, zwei Fachvorträge und eine Diskussionsrunde mit geladenen Gästen statt. Dr. Andreas Kallert, Politikwissenschaftler an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, referierte zum Konzept gleichwertiger Lebensverhältnisse. „Es gibt Studien, die zeigen, dass der Abstand zwischen den Lebensverhältnissen

in der Peripherie und zentralen Orten anwächst“, konstatiert Kallert. Es brauche mehr demokratische Teilhabe der Bevölkerung, um die Bedürfnisse anzupassen.“ Den zweiten Vortrag hielt Prof. Dr. Barbara Schöningh, Staatssekretärin im Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, zu Faktoren und Handlungsebenen zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. „Es ist eine Frage der Lebensgerechtigkeit. Menschen fühlen sich von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen“, so Schöningh. Man spreche oft von Defiziten im ländlichen Raum. Thüringen besteht aber zu 90 Prozent aus dem, was man als „ländlichen Raum“ definiert und auch hier sind kleinere Städte angesiedelt. „Es gibt eine einzigartige räumliche Struktur, deshalb müssen Stadt und Land

im Innenkreis das Thema diskutiert und weitere Teilnehmende aus dem Außenkreis zur Diskussion beitragen können, indem sie sich der Diskussion auf einem „Gast-Stuhl“ anschließen. Im Anschluss an die Veranstaltung luden die Abgeordneten der Fraktion zu einer offenen Bürgersprechstunde auf den Kirchplatz in Greiz ein, was den Tag zu einer runden Auftaktveranstaltung machte.

Wir freuen uns über kommende Veranstaltungen, in denen wir näher auf spezifische Themenfelder eingehen werden. Erste Schwerpunkte werden dabei die Situation und Infrastruktur von Pflegeeinrichtungen sowie die Arbeitsbedingungen für das Personal sein. Die Termine zu den Veranstaltungen werden rechtzeitig bekannt gegeben.



Abgeordnete Christian Schaft und Andreas Schubert
Im Gespräch mit Bürger:innen vor Ort, auf dem Kirchplatz in Greiz

mehr differenziert werden“, ist die Staatssekretärin der Ansicht. Nach den aufschlussreichen Beiträgen der beiden Referent:innen schloss sich die Diskussionsrunde an. Diese fand im „Fishbowl (Goldfisch-Glas)-Format“ statt, in dem eine kleine Gruppe von Teilnehmenden



Die Videomitschnitte
der Vorträge finden Sie
unter:
www.gleichgut.de

Rechte Richter in Thüringen

Rückblick auf Veranstaltung im Thüringer Landtag

Auf Einladung der Fraktion DIE LINKE hat der Jurist und ehemalige stellvertretende Chefredakteur im ARD-Hauptstadtstudio, Dr. Joachim Wagner, sein Buch „Rechte Richter: AfD-Richter, -Staatsanwälte und -Schöffen: eine Gefahr für den Rechtsstaat?“ im Thüringer Landtag vorgestellt. Mitinitiator:innen waren die „Omas gegen Rechts“. Dem Vortrag und der anschließenden Diskussion im Plenarsaal folgten ca. 90 Gäste. Die Moderation übernahm Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus und Antirassismus der Fraktion DIE LINKE.

In Zeitungen lese man, so Wagner, immer wieder empörte Berichte und Kommentare darüber, dass in Strafverfahren mit rechten Angeklagten die Strafen zu milde seien und Verfahren eingestellt würden und so der Eindruck von einer gewissen Rechtslastigkeit der Justiz entstehe. Dr. Wagner ist diesen Eindrücken auf den Grund gegangen und zeigt, dass die Justiz zwar nicht von rechts unterwandert werde aber es zahlreiche Einzelfälle mit großer Ausstrahlung gebe, bei denen Richter rechtspopulistisches Gedankengut in die Rechtsfindung einfließen ließen und das Ansehen der Dritten Gewalt nachhaltig beschädigten. „Thüringen führt dabei die Liste der Länder mit den meisten Fällen knapp vor Sachsen an. Einige Richter aus dem Verwaltungsgericht Gera haben keine Berührungängste mit der AfD. Sie treffen sich nicht nur regelmäßig in einem Café eines AfD-Landtagsabgeordneten, sondern gehen auch zu AfD-Wahlpartys“, berichtet Dr. Wagner bei der Ver-

anstaltung. Es gäbe zudem Richter, die ein freundschaftliches Verhältnis zu AfD-Mitgliedern vom völkisch-nationalen Flügel haben. Die politische Grundeinstellung dieser Richter sickere auch in die Rechtsprechung ein. So berichteten nicht nur Flüchtlingsorganisationen darüber, dass für Asylbewerber aus Afrika in Gera kaum ein Prozess zu gewinnen sei, auch gelänge es Neonazis immer wieder unter Vorwänden, Demonstrationen, die offenkundig ein hohes Gewaltpotenzial aufwiesen, anzumelden. Daneben habe ein Geraer Staatsanwalt Ermittlungen gegen AfD-Mitglieder und rechte Eiferer eingestellt, während er mutmaßlich Linke, wie das Zentrum für politische Schönheit, beharrlich verfolgte.

Prominent waren in der Vergangenheit zwei Fälle aus Weimar, bei denen Familienrichter die Corona-Schutzverordnungen in Bezug auf das Tragen von Masken und die Einhaltung von Abständen im Unterricht für rechtswidrig erklärten. Wagner stellt klar, dass zur Klärung derartiger Fragen allein die Verwaltungsgerichte zuständig seien. Die Richter hätten sich aber nicht nur Kompetenz angemäht, die sie nicht haben, ein Richter habe auch ein politisches Werturteil in seinen Beschluss einfließen lassen und somit klar das politische Neutralitätsgebot verletzt.

Wagner sieht mittlerweile die Unabhängigkeit der Justiz weniger von außen bedroht, sondern vielmehr von innen. Ein Problem sei auch die Dienstaufsicht. Der Anstoß zu Verfahren gegen rechte Richter kommt in den seltensten Fällen von der Justiz selbst. Es



Dr. Joachim Wagner und Katharina König-Preuss
Im Gespräch über das Buch „Rechte Richter“ im Plenarsaal des Thüringer Landtags

sind laut Dr. Wagner „eher Rechtsanwälte, Politiker, Journalisten, Netzaktivisten oder zivilgesellschaftliche Gruppen, die auf diese Fälle aufmerksam machen“. Hinzu komme, dass Fehlverhalten nicht nur lange geduldet oder dabei weggeschaut werde. Oftmals werde dem auch nur mit schwachen Sanktionen begegnet. Die Justiz sei, so Wagner, nur wenig fähig zur Selbstkontrolle und damit „nur bedingt abwehrbereit“.

Wie geht man nun mit rechten Richtern in der Justiz um und wie verhindert man, dass sie reinkommen? Als eine Möglichkeit sieht Dr. Wagner, zu Bewerbern im Justizdienst eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz durchzuführen. Dies ist jedoch durchaus umstritten. Des Weiteren müsse die

Juristenausbildung verbessert und angehende Jurist:innen sensibilisiert werden. Eine gute Möglichkeit, Staatsanwaltschaften zu ermutigen, rechtsextremistische Taten intensiver zu verfolgen, sieht Wagner auch darin, Antisemitismusbeauftragte bei den Generalstaatsanwaltschaften zu installieren. „Letztlich ist aber auch das Engagement der Zivilgesellschaft und der Medien als kritische Gegenmacht gegenüber der Justiz unverzichtbar“.

Abschließend fordert auch Abgeordnete König-Preuss: „Der Eindruck, dass rechte Richter die ‚Unabhängigkeit der Justiz‘ missbrauchen, um ihre politische Agenda durch Gerichtsurteile umzusetzen, muss durch das Justizministerium entschieden bekämpft werden“.

Preisexplosion stoppen

Menschen sollen entlastet werden

„Die seit Monaten explodierenden Energiepreise stellen für einen stetig wachsenden Teil der Bevölkerung eine echte Existenzbedrohung dar“, so Fraktionsvorsitzender Steffen Dittes. „Es muss jetzt schnell und konsequent gehandelt werden, um insbesondere einkommensschwache und damit überproportional stark betroffene Haushalte zu entlasten. Die durch den Krieg in der Ukraine weiter eskalierte und absehbar nicht endende Energiekrise muss durch einen langfristig wirkenden Schutzschirm für besonders betroffene Menschen und auch kommunale Versorgungsunternehmen abgefangen werden.“

Die bisherigen Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung sind unzureichend, da Rentner:innen oder auch Studierende ausgeschlossen sind. Ebenso wurden durch Preissteigerungen wie im Fall der Steuerreduzierung für Benzin und Diesel angestrebte Entlastungen nahezu vollständig zugunsten der Mineralölwirtschaft aufgefressen.

Deshalb schlagen wir für Thüringen Folgendes vor:

1. im Haushalt 2023 Energie-Härtefallfonds zur Entlastung einkommensschwacher Haushalte einzuführen,
2. Unterstützungsprogramme für kommunale Wohnungsbaugesellschaften,
3. Grundkontingente für Strom und Gas,
4. Energiesparberatungsstellen in Thüringen weiter auszubauen, einen Runden Tisch unter Beteiligung der Landesregierung, Sozialverbände, Energieversorger und kommunalen Spitzenverbände, um Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Mehr zum Papier und zu den Forderungen der Fraktion DIE LINKE finden Sie unter: www.die-linke-thl.de



Hier geht es direkt zum Positionspapier
„Preisexplosion stoppen – Menschen entlasten – Armut verhindern“

Preisexplosion stoppen.
Menschen entlasten.
Armut verhindern.



DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

#WirMachensGerecht
www.die-linke-thl.de

© @linke_thl

Titel-Thema

Unterschriftenspirale am Tag der Übergabe der Unterschriften des Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ in Erfurt am 04. August 2008.

Stärkung der Demokratie

Einführung eines fakultativen Rederendums

Urheber: Michael von der Lohé

Der Verfassungsausschuss des Landtags hat sich im Mai dieses Jahres mit dem R2G-Gesetzentwurf zum weiteren Ausbau der direkten Demokratie in Thüringen und in einer Anhörung im Juli mit CDU-Vorschlägen zur Einführung des sogenannten fakultativen Referendums befasst. Beide Anhörungen haben gezeigt: Die Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten bei Sachentscheidungen machen Gesellschaft und Politik in Thüringen lebendiger, sachorientierter und konstruktiver. Nach Umfrageergebnissen des jährlichen „Thüringen Monitors“ wünschen sich viele eben jene Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten auf Landesebene.

Die inhaltlichen Vorschläge des R2G-Gesetzentwurfs - vor allem der Abbau des so genannten „Finanztabus“ beim Volksbegehren und der neue landesweite Einwohnerantrag für alle ab 14 Jahren (unabhängig von der Staatsbürgerschaft) - erhielten viel Zuspruch. Anja Müller, Sprecherin für Demokratie und Verfassung der Fraktion die LINKE im Thüringer Landtag erklärt, dass Menschen zukünftig auch über Gesetze mit finanziellen Auswirkungen direkt abstimmen und dem Landtag auch leichter Themen zur Debatte stellen können. „Ein wichtiges Frustschutz-Mittel“ für Gesellschaft und Politik“, nennt Ralf-Uwe Beck von „Mehr Demokratie Thüringen e. V.“ die gut funktionierenden Instrumente direkter Demokratie. Gemeint ist damit die Mitbestimmung in konkreten Sachfragen, denn sie könne Problem Diskussionen in sachliche Bahnen und zu konstruktiven Lösungen bringen. Mehrere Anzuhörende, darunter „Mehr Demokratie Thüringen e. V.“, „Democracy International“, „Parität Thüringen“, „Landesjugendring Thüringen“, forderten den Landtag auf, den R2G-Gesetzentwurf zu beschließen und so das in der Verfassung gegebene Mitbestimmungsversprechen für die Menschen im Alltag noch konkreter erfahrbar zu machen.

Denn bisher sind die Hürden noch zu hoch, um das wirklich erreichen zu können. Mit Blick auf die Erfahrungen in der Schweiz und in anderen Bundesländern in Deutschland betonten mehrere Anzuhörende, dass die Menschen bei direkter Mitbestimmung sehr verantwortungsvoll hinsichtlich Kosten und Finanzierung von Projekten vorgehen.



—
„Es muss weiter an dem neuen Instrument des fakultativen Referendums gearbeitet werden.“

Beide Anhörungen haben viele Informationen und auch Verbesserungsvorschläge für die weitere Debatte dieser Demokratie-Themen im Verfassungsausschuss erbracht. „Unser Ziel ist, dass der Verfassungsausschuss ein im Bundesvergleich fortschrittliches Reform-Gesamtpaket in Sachen Weiterentwicklung der direkten Demokratie auf Landesebene in Thüringen schnü-

ren kann“, unterstreicht Anja Müller. „Ausgehend von den Anhörungs-Ergebnissen lohnt es sich nach Ansicht der LINKE-Fraktion, nicht nur die Volksbegehren zu verbessern, sondern auch am neuen Instrument des fakultativen Referendums in Thüringen weiter ernsthaft zu arbeiten. Wir hoffen hier auf konstruktive Offenheit, vor allem bei den anderen R2G-Fraktionen und auch bei der CDU“, so die Abgeordnete weiter.

Die überwiegende Zahl der Anzuhörenden bewertete die Einführung des Referendums als eine Stärkung der direkten Demokratie und als sinnvolle Ergänzung zum Volksbegehren. Anzuhörende aus der Schweiz und der Verein „Mehr Demokratie“ betonen, „das Referendum macht die repräsentative Demokratie noch repräsentativer“. Gemeint ist damit, dass das neue Instrument auch die Arbeit und Akzeptanz des Landtags stärkt. Die von der CDU vorgelegten Vorschläge sind aber an entscheidenden Stellen noch verbesserungsbedürftig. Das fakultative Referendum erlaubt Bürger:innen, vom Parlament beschlossene Gesetze in einem Volksentscheid der Bevölkerung zur Bestätigung oder Aufhebung vorzulegen. Dazu müssen sie zuvor eine bestimmte Anzahl von Unterschriften sammeln (Quorum). Die meisten Anzuhörenden halten für das Referendum ein Quorum von 2,5 Prozent für ausreichend. Das Quorum für Volksbegehren sollte im Vergleich dazu etwa das Doppelte betragen, also fünf Prozent - so wie im o.g. R2G-Gesetzentwurf. Die Anzuhörenden fordern darüber hinaus, dass auf den Finanzvorbehalt beim Volksbegehren und beim Referendum verzichtet werden müsse, denn er sei derzeit die größte Bremse für eine umfassend wirksame Demokratie in Thüringen. Kritiker:innen des Referendums haben auch auf Ereignisse in der Weimarer Republik und ein Urteil des Verfassungsgerichtshofs in Weimar aus dem Jahr 2001 verwiesen. Doch viele

Fachleute entgegnen darauf, dass keine „Weimarer Verhältnisse“ bestehen. In den 21 Jahren seit dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs hat sich bundesweit die Verfassungsrechtsprechung zur direkten Demokratie erheblich weiterentwickelt. Einige Anzuhörende machten auch den Vorschlag, das Instrument des fakultativen Referendums praktisch zu testen, in dem man in einem ersten Schritt nur bestimmte Fälle für die Anwendung des neuen Instruments öffnet. Für einen solchen „Testlauf“ bieten sich nach Ansicht der Fraktion LINKE Verfassungsänderungen an, weil sie grundsätzliche gesellschaftspolitische Entscheidungen betreffen.

—
„Das Referendum macht die repräsentative Demokratie noch repräsentativer“.

Die Schweizer Erfahrungen zeigen, dass es bei neuen Regelungen zum Referendum unbedingt eine „Dringlichkeitsklausel“ braucht, um Gesetze sofort in Kraft setzen zu können, die keinen Aufschub dulden. Auch diese wichtige Klausel fehlt in den CDU-Vorschlägen. Aber gerade diese Klausel verhindert die von Kritikern monierte „Blockadewirkung“ von Referenden. Das Schweizer Vorbild zeigt ebenso, dass nur ein kleiner Teil der Gesetzesbeschlüsse in ein Referendumsverfahren gezogen werden. Bei den Fällen, die in den Volksentscheid kommen, wird in mehr als zwei Drittel der Fälle die Entscheidung des Parlaments bestätigt. „Es lohnt sich also, für den umfassenden Ausbau der direkten Demokratie in Thüringen zu arbeiten“, resümiert Anja Müller.

Modernes Wahlrecht in Kommunen

Petition zur Steigerung der Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen in Thüringen liegt regelmäßig bei nur 35 bis 50 Prozent. Eine so niedrige Wahlbeteiligung schwächt die Demokratie und die Legitimation der gewählten Gemeinderäte und Mandatstragenden. Die tatsächliche Funktion der Wahl, nämlich die Kandidat:innen zu kontrollieren und auszuwählen, kommt umso weniger zur Geltung. Darüber hinaus werden die tatsächlichen politischen Präferenzen der Bürger:innen nur sehr lückenhaft abgebildet.

Daher schlägt der Verein „Mehr Demokratie Thüringen“ in einer Petition an den Thüringer Landtag vor, eine Experimentierklausel und sieben Instrumente in das Thüringer Kommunalwahlrecht einzubauen, um Kommunalwahlen attraktiver zu gestalten und damit die Wahlbeteiligung zu steigern. Die möglichen Instrumente sind: zusätzliche Wahlorte und Wahltermine anbieten, offizielle Informationen über Kandidierende an alle Wahlberechtigte versenden, Briefwahlunterlagen obligatorisch zustellen, Proteststimmen und Stimmenthaltung auf dem Stimmzettel ermöglichen, eine integrierte Stichwahl durchführen, das Wahlalter absenken und eine Wahlpflicht einführen. Die Kommunen könnten mit diesen Instrumenten die Kommunalwahlen flexibel gestalten. Sie können auch nur eines dieser Instrumente auswählen oder aber auch alle sieben gleichzeitig verpflichtend wären sie dabei jedoch nicht.

Einige, vielleicht auch alle dieser Vorschläge, stoßen sowohl bei Parteien als auch in der Bevölkerung oft auf Skepsis. Dem Verein sind diese Vorbehalte bewusst, daher möchte er die Vorschläge zunächst auf kommunaler Ebene freiwillig ausprobieren lassen und Kommunen zu Laboren für ein modernes Wahlrecht machen. Es könnte so ermittelt werden, ob die vorgeschlagenen Instrumente tatsächlich wirken. Parteien und die Bürger:innen könnten sich von den Instrumenten überzeugen und eine Weiterentwicklung des Wahlrechts anstreben.

In dieser und den folgenden Ausgaben des Parlamentsreports wollen wir Ihnen die einzelnen Instrumente, welche die Kommunalwahlen attraktiver gestalten sollen, vorstellen. Dabei gehen wir sowohl auf die positiven Erwartungen ein, als auch auf mögliche Probleme und Gefahren, die mit den Vorschlägen verbunden sind.

Wir laden Sie dazu ein, mit uns die Vorschläge zu diskutieren. Senden Sie uns Ihre Meinung zu den einzelnen Instrumenten zu. Die besten Argumente veröffentlichen wir dann in einer der nächsten Ausgaben. Beginnen wollen wir mit dem Instrument der „Absenkung des Wahlalters“.



Instrument Nr. 1: Absenkung des Wahlalters

§ 1 des Thüringer Kommunalwahlrechts legt fest, dass wahlberechtigt ist, wer am Tag der Wahl das 16. Lebensjahr vollendet hat. Die Rot-Rot-Grüne Koalition hatte erst im Jahr 2015 das Wahlalter bei Kommunalwahlen von 18 Jahren auf 16 Jahre gesenkt. Der Verein „Mehr Demokratie Thüringen“ geht nun einen Schritt weiter und schlägt vor, dass Wahlalter auf 14 Jahre abzusinken. Als zusätzliche Hürde könne nach dem Gesetzentwurf des Vereins ein Jugendwahlregister eingeführt werden. In dieses müssten sich die Jugendlichen eintragen, um wahlberechtigt zu sein.

Halten Sie dieses Instrument für geeignet, die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen langfristig zu steigern?

Kommen Sie mit uns ins Gespräch:

Was halten Sie vom Kommunalwahlgesetz? Haben Sie Fragen, Ideen oder Anmerkungen an die Abgeordneten?

Schreiben Sie eine Email an hilpert@die-linke-thl.de oder postalisch an Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt.

Betreff: Parlamentsreport.
In der nächsten Ausgabe des Parlamentsreports drucken wir Ihren Beitrag ab.

PRO

„Mehr Demokratie Thüringen e. V.“ geht davon aus, dass gute Aussichten bestünden, das Wahlbeteiligungsverhalten nachhaltig und langfristig zu steigern, wenn das Wahlalter deutlich in den Bereich der Schulzeit gesenkt und zugleich in den Schulen eine intensivierte Demokratiebildung betrieben würde. Im Hintergrund dieser Annahme steht die Erkenntnis, dass sich Menschen, die früh zur Wahl gehen, auch in späteren Jahren regelmäßig an Wahlen beteiligen. Es handelt sich gewissermaßen um erlernte Erfahrungen und Gewohnheiten, die das weitere Leben fortgeführt werden. Andersherum wird es immer unwahrscheinlicher, dass Menschen, die ihre ersten Gelegenheiten, zu wählen nicht wahrnehmen, im Verlaufe ihres Lebens doch noch zur Wahlurne gehen. Würde das Wahlalter auf 14 Jahre gesenkt, würde ein längeres Zeitfenster bestehen, in dem die Jugendlichen wahlberechtigt sind und in dem die Schulen intensive schulische Demokratiebildung betreiben könnten. Demokratiebildung wäre dann nicht abstrakt, sondern lebendig.

Die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre ist auch vor dem Hintergrund der Reife der Jugendlichen zulässig, schließlich sind Jugendliche mit 14 Jahren bereits religionsmündig und sogar grundsätzlich strafmündig. Zudem stelle der obligatorische, intensive Demokratieunterricht sicher, dass davon ausgegangen werden könne, dass wahlberechtigte Jugendliche typischerweise hinreichende politische Bildung besäßen, so „Mehr Demokratie Thüringen e. V.“.

CONTRA

Im Rahmen der Behandlung der Petition wurde auch eine Stellungnahme der Landesregierung zu den Vorschlägen von „Mehr Demokratie Thüringen e. V.“ eingeholt. Aus dieser Stellungnahme sind die folgenden kritischen Anmerkungen zu entnehmen:

Es sei zweifelhaft, ob 14-jährige über das nötige Mindestmaß an politischen Kenntnissen und an Verständnis für Kommunalwahlen verfügen. Eine Wahl sei zudem nicht nur ein formal geordneter Vorgang der politischen Willensbildung, sondern sie müsse auch die Kommunikationsfunktion der Wahl sichern. Demokratie setze freie und offene Kommunikation zwischen Regierenden und Regierten voraus.

Dies gelte nicht nur für den Wahlakt selbst, in dem sich die Kommunikation von den Wähler:innen zu den Staatsorganen vollziehe. Als gleichermaßen wichtig für die Legitimität demokratischer Ordnung erweise sich der beständige Dialog zwischen Parlament und Gesellschaft. Eine solche Kommunikation erfordere ein Mindestmaß an Kommunikationsvermögen der Wähler:innen, welche wiederum nicht nur Verständnis von der Wahl haben müssten, sondern auch Kenntnisse von der Politik sowie die Fähigkeit, sich eine eigene Meinung zu bilden. Diese Bedingungen würden einer Absenkung des Wahlalters eine verfassungsrechtliche Grenze ziehen.

Unsere 29

Mit 29 Abgeordneten stellt DIE LINKE mit Abstand die größte Fraktion im Thüringer Landtag. In dieser Rubrik stellen wir Ihnen unsere Abgeordneten näher vor.



Diesmal: Ralf Plötner

Ralf Plötner wurde 1983 geboren. Nach einer Ausbildung zum Gesundheits- und Krankenpfleger arbeitete er als studentischer Mitarbeiter für zwei Abgeordnete der Linken. Währenddessen absolvierte er ein Studium der Politikwissenschaft und arbeitete anschließend als Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Gera. Seit der Landtagswahl 2019 ist er Mitglied der Linksfraktion im Thüringer Landtag und dort Sprecher für Gesundheitspolitik und Pflege. Im Altenburger Land, wo er seit seiner Geburt lebt, ist er für DIE LINKE als Vorsitzender im Kreisverband, sowie als Vorsitzender im Kreistag tätig. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Warum liegt dir Gesundheitspolitik besonders am Herzen?

Als ausgebildeter Gesundheits- und Krankenpfleger streite ich gerne für bessere Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und eine gute Gesundheitsversorgung. Gesundheit darf keine Frage des Geldbeutels sein.

Was wäre dein Beruf, wenn du nicht Politiker geworden wärst?

Ich habe zwei Berufsabschlüsse, kann mir aber im Moment kein schöneres Betätigungsfeld vorstellen als die Politik. Mein erster Berufswunsch, so wurde mir gesagt, war Spielzeugverkäufer.

Welche Musik hörst du zur Entspannung nach einem stressigen Arbeitstag?

Manchmal muss es Hardcore Punk sein. Aber überwiegend höre ich gerne Liedermacher, die sich politisch und satirisch mit der Gesellschaft auseinandersetzen oder einfach nur die Schönheit des Lebens besingen.

Erfolgsmodell Inklusion

Abgeordnete trafen Seniorenbeirat und Lebenshilfe Erfurt

Hinter dem AK Soziales liegt ein ereignisreicher Tag, der einmal mehr zeigte: Inklusion in Unternehmen ist eine echte Chance für den Arbeitsmarkt.

Begonnen hat der Tag zunächst mit einem Besuch bei der Erfurter Bürgermeisterin Anke Hofmann-Domke. Anschließend nahmen die Abgeordneten Karola Stange, Cordula Eger, Lena Sanıye Güngör und Ralf Plötner an einer Gesprächsrunde mit Mitgliedern des Seniorenbeirats teil. Die Senior:innen hatten die Möglichkeit, direkte Fragen an die Abgeordneten und vor allem an die seniorenpolitische Sprecherin Cordula Eger zu stellen. Thema war unter anderem das Programm AGATHE. Es richtet sich an ältere Menschen, die in Rente sind und allein in ihrem Haushalt leben. Sie können sich von Fachkräften beraten lassen und so von Angeboten erfahren, durch die sie am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Die Fachkräfte geben Tipps, wo es Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten gibt. So sollen sich ältere Menschen dank AGATHE weniger einsam fühlen und wieder ein Teil der Gemeinschaft werden beziehungsweise bleiben.

Die Senior:innen begrüßen das Programm, wünschen sich jedoch einen weiteren Ausbau. „Wir verlangen konkrete Maßnahmen. AGATHE ist gut, aber es muss weiter gehen“, plädiert ein Senior. Auch die Seniorenclubs müssten gefragt und in die Diskussionen einbezogen werden. Cordula Eger nahm sich dem an und erklärte, „die Zeit hat gezeigt, dass das Programm AGATHE noch nicht in allen Landkreisen und Städten funktioniert. Deshalb müssen wir jetzt nachbessern. Wir wollen schauen, wie die Senior:innen besser in den Entwicklungsprozess eingebunden werden können“.

Vom Rathaus in Erfurt ging es für die Abgeordneten und Mitarbeitenden des AK Soziales mit dem Elektrobus der Lebenshilfe Erfurt zum Schloss Molsdorf. Die Lebenshilfe Erfurt ist mit ihrem Gastronomiebereich das zweitgrößte Inklusionsunternehmen Mitteldeutschlands und beschäftigt etwa 250 Mitarbeitende, davon auch 131 Menschen



mit Behinderung. Darüber hinaus bieten sie in sechs Bereichen Ausbildungsberufe an. Neben dem Parkcafé im Schloss Molsdorf betreibt die Lebenshilfe verschiedene andere gastronomische Einrichtungen und Gastehäuser. Als Inklusionsunternehmen sind sie ebenso wirtschaftlich orientiert, werden aber durch Inklusionsförderung subventioniert. Menschen mit Behinderung arbeiten hier auf dem ersten Arbeitsmarkt. Dem Unternehmen ist es dabei wichtig, nicht direkt auf den inklusiven Ansatz hinzuweisen. „Wir sind ebenso ernst zu nehmen wie jedes andere Unternehmen“, betont Stefan Reichert, Betriebsleiter der gesamten Gastronomie der Lebenshilfe Erfurt. Ebenso steht die Lebenshilfe vor den Herausforderungen des Fachkräftemangels und allgemeinen der Kostensteigerungen. Sie wollen die Ausbildungsberufe noch stärker in den Fokus nehmen und werben dazu direkt in den Inklusionsschulen an.

In Molsdorf kann man neben der Konditor:innenlehre auch eine Ausbildung zur Küchenfachkraft absolvieren. Im Café wird sieben Tage die Woche Kuchen gebacken, am Wochenende ist das Café für Besucher:innen geöffnet.

Sogar ein Frühstücksangebot gibt es hier. Dass die Hälfte der Mitarbeitenden Menschen mit Behinderung sind, soll kein Thema sein und es kommt sehr selten vor, dass man die Gäste um etwas mehr Rücksicht für das Personal bitten muss.

Die barrierefreien Gastehäuser „Drei-brunnen“ und „Pulverhütte“ an und auf dem EGA-Parkgelände in Erfurt werden ebenso von der Lebenshilfe Erfurt betreut. Die Corona-Pandemie zeigt auch hier ihre Folgen, aber im Moment vor allem auch der Angriffskrieg auf die Ukraine. 60 Geflüchtete leben im Gästehaus „Drei-brunnen“. Viele von Ihnen sind alte Menschen und Menschen, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind. Hier war man im engen Austausch mit den Behörden der Stadt Erfurt. Grundsätzlich ist zwischen der Verwaltung der Landeshauptstadt und der Lebenshilfe über die Jahre eine verlässliche Partnerschaft entstanden. Weitere gastronomische Angebote sind noch geplant, so eine „gläserne Eismanufaktur“ auf der EGA oder ein Café-Container im Luisenpark. „Als Inklusionsbetrieb ist die Beantragung weiterer geförderter Arbeitsplätze natürlich auch mit Aufwand verbunden“, erklärt Kati Rohling, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Lebenshilfe Erfurt. „Aber gerade bei dem Thema Fachkräftemangel wird das Thema Inklusion noch vollkommen unterschätzt. Wir wollen gern als Modellprojekt für andere Regionen dienen. Denn hier bei uns zeigt sich, welche Chancen Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt bringen können. Inklusionsunternehmen sind eine echte Alternative und können auch ein Erfolgsmodell sein!“ Abschließend zum Tag resümiert Abgeordnete Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der Fraktion: „Am Beispiel der Lebenshilfe zeigt sich, dass Inklusion eine Positivbeispiel für den ersten Arbeitsmarkt bietet. Unternehmen brauchen keine Angst vor Inklusion zu haben. Sie bietet viele Chancen und ist bereichernd“.



Mobilität für alle ermöglichen

9-Euro-Tickets werden an Familien gespendet

Seit knapp einem Monat steht das 9-Euro-Ticket nun für die Bevölkerung Deutschlands im Öffentlichen Personennahverkehr zur Verfügung. Das viel diskutierte Ticket erweist sich als einer der größten politischen Feldversuche, die es je gab. Mehrere Handlungsfelder werden faktisch bundesweit beleuchtet. Zum einen die Leistungsfähigkeit des ÖPNV, zum anderen aber auch die sozialen Schieflagen im Land. Es ist möglich, dass das gut gemeinte Ticket noch mehr Schieflagen produziert und provoziert. Wichtig ist aber auch, dass mit diesem Instrument viele Debatten neu beflügelt werden. In den meist gut organisierten großen und größeren Städten wird über Taktfrequenzen und Auslastung von Bussen und Bahnen diskutiert. Spannende verkehrspolitische Diskurse zu öffentlich gesicherter Mobilität, zu Parkplätzen in Innenstädten, zu Radverkehr und den dafür notwendigen Verkehrsräumen beginnen intensiver zu werden. Im ländlichen Raum, das wurde schnell klar, nützt das Ticket nur bedingt, weil die Strukturen des ÖPNV in den letzten Jahrzehnten so weit reduziert wurden. Die Taktung von Bus und Bahn muss neu gedacht werden. Hier treffen nun auch mehrere Ur-LINKE Themen zusammen. Beispielsweise geiche Lebensverhältnisse in Stadt und Land, und die Mobilitätsgarantie.

Mit der Einführung des Tickets hat sich ein bundesweites Netzwerk von Paten zusammengetan, die die Kosten für das 9-Euro-Ticket für Menschen übernehmen, die es sich nicht leisten können. Dazu gehören oftmals Rentner:innen genauso wie Alleinerziehende. Um diesen Menschen eine Teilhabe

zu ermöglichen, spenden auch Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag einige Fahrkarten. Hierfür wurde sich ein regionaler Partnerverein gesucht, der sehr dicht an den Menschen ist, um die es geht.



Der Verein „Bunte Schafe e.V.“ entstand 2013 als Initiative mit dem Ziel, sozial benachteiligte Familien zu unterstützen. Vor allem Alleinerziehende und ihre Kinder sollten durch das Engagement der Ehrenamtlichen zu ein bisschen mehr Normalität im Alltag gelangen. Denn trotz Berufstätigkeit leben viele von ihnen am Existenzminimum und können sich und ihren Kindern noch nicht einmal einen Urlaub im Jahr leisten. Ein anderes Projekt des Vereins ist „Pausi“, ein kostenfreies Pausenfrühstück für zahlreiche Kinder, die sonst ohne etwas zu Essen in die Schule kommen. Die Engagierten

haben dadurch einen guten Einblick in die soziale Lage vieler Menschen. Seit März 2016 ein eingetragener Verein, der mit den unterschiedlichsten Projekten Alleinerziehende, Kinder und Jugendliche unterstützt.

Als die Fraktionsmitglieder auf den Verein zukamen, hatten die Ehrenamtlichen nicht damit gerechnet, dass die Zusammenarbeit so positiv angenommen werden würde. Die Menschen konnten sich über den Verein darauf bewerben, das 9-Euro-Ticket gespendet zu bekommen. Der Aufruf traf auf unglaubliche Resonanz: „Wir haben in zehn Stunden beinahe 100 Bewerbungen erhalten“, berichtet Melanie Thurm vom Verein. „Jetzt wird es eine Herausforderung sein, die ganzen Tickets zu versenden“. Aufgrund der großen Nachfrage hat sich der Verein entschieden, den gesamten Bewerber:innen Tickets

zu schenken. „Die Bewerbenden wären bei einer Absage so traurig. Für uns war es ein Zeichen, wenn es an neun Euro klemmt, weißt du Bescheid, wie prekär ihre Situation ist“. Getragen wird die Aktion von den Spendengeldern der Abgeordneten und des Vereins.

Nachfolgend Stimmen aus den Nachrichten der Bewerber:innen.

Franziska schreibt: „Wir sind eine Familie mit fünf Kindern, jetzt steht gerade noch eine Schuleinführung an, da helfen uns die Tickets sehr“. Die alleinerziehende Maria beschreibt ihre Situation so: „Wir (Mama mit zwei Töchtern) würden uns über die Tickets freuen. Durch meine Erkrankung und die damit verbunden Einbußen geht es uns Dreien nicht so gut. So könnten wir in den Ferien wenigstens ein paar kleinere Ausflüge machen“. Eine andere alleinerziehende Mutter von drei Kindern erklärt: „Ich möchte ein Ticket für meine 15-jährige Tochter. So kann sie ein wenig was unternehmen. Ich habe gerade erfahren, dass mein befristeter Job nicht verlängert wird. Da sind größere Sachen nicht drin“.

Patricia schildert ihre Situation so: „Ich bin alleinerziehend, gehe 30 Stunden arbeiten und pflege meine Großeltern. Dadurch bin ich sehr viel unterwegs und dieses Ticket würde es für uns ein wenig leichter machen“.

Das sind nur einige von den 100 Bewerbungen, die alle ähnliche Lebensumstände umschreiben. Das bewegt die Abgeordneten und Helfer:innen im Verein sehr. Sie waren froh, einen kleinen Betrag für die Familien leisten zu können. *Holger Auerswald, Wahlkreismitarbeiter Bodo Ramelow.*

Demokratische Beteiligung von Kindern

Regelungsvorschläge zur Umsetzung müssen nachgebessert werden

Im Frühjahr 2021 hat Rot-Rot-Grün trotz des anfänglichen Widerstandes der CDU im Gesetz einen Passus aufgenommen, dass bei kommunalen Planungen und Vorhaben die Kinder und Jugendlichen zu beteiligen sind. Damit sollten Kinder und Jugendliche zum Beispiel bei der Gestaltung von Spiel- und Bolzplätzen oder aber sicherer Radwegen mitreden können. Die konkrete Ausgestaltung wurde dabei der kommunalen Familie überlassen.

Die neuen Demokratieregeln sind anschließend in der Hauptsatzung zu verankern gewesen, was quasi als kommunale Verfassung verstanden werden kann. Abgeordnete Anja Müller, Sprecherin für Demokratie, und Sascha Bilay, Sprecher für Kommunales, erklärten nun, dass Kinder und Jugendliche in ihren Wohnorten trotz des neuen Gesetzes nicht ausreichend bei Planungsvorhaben beteiligt werden. Dies sei eine Folge der unzureichenden Regelungsvorschläge der Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes. Diese müssten nachgebessert werden. „Auf unsere Fragen im Landtag antwortete

das Innen- und Kommunalministerium, dass erst 41 von 631 Gemeinden und Städte der Verpflichtung nachgekommen sind, ihre Kommunalverfassung so zu erweitern, dass Kinder und Jugendliche ein Mitspracherecht haben. Absolut nicht nachvollziehbar ist jedoch, dass auf Wunsch des Gemeinde- und Städtebundes die demokratischen Gremien außen vorgelassen werden sollen“, unterstreichen Müller und Bilay. Die meisten Kommunen würden sich an der Mustersatzung des kommunalen Spitzenverbandes orientieren. In diesem Muster sei vorgesehen, dass der Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin entscheiden, ob und in welcher Form Kinder und Jugendliche beteiligt werden. Diese Regelung hatte das Innen- und Kommunalministerium auf Wunsch des Spitzenverbandes bestätigt.

„Die praktische Wirkung vor Ort ist fatal. Bürgermeister:innen werden immer darauf verweisen, dass diese Regelung vom Thüringer Innenministerium bestätigt wurde. Wer davon abweiche, so die häufige Argumentation - riskie-

re im Zweifelsfall eine juristische Niederlage. Das Innen- und Kommunalministerium sollte deshalb auf den kommunalen Interessenverband zugehen und Regelungen gemeinsam mit der kommunalen Familie überarbeiten“,

betonen Anja Müller und Sascha Bilay. Erwartet werde nun, dass das Innen- und Kommunalministerium einen fortschrittlichen Weg beschreiten und dem politischen Willen des Landtages zur Umsetzung verhelfen solle.



Die letzte Seite

Guter Lesestoff ist immer heiß begehrt. Wir haben unsere Mitarbeitenden nach ihren Lieblingsbüchern gefragt.



Pauline Lörzer liest „Die letzten Männer des Westens. Antifeministen, rechte Männerbünde und die Krieger des Patriarchats“ von Tobias Ginsburg.

Als Kulturwissenschaftlerin lese ich gerne und viel. Dabei stehen reichlich Fachbücher, aber als Ausgleich auch ganz triviale Literatur auf dem Tisch. Eines der besten Bücher, oder sagen wir, am nachhaltigsten wirkenden Bücher, die ich in den letzten Monaten gelesen habe, war ohne jeden Zweifel „Die letzten Männer des Westens. Antifeministen, rechte Männerbünde und die Krieger des Patriarchats“ von Tobias Ginsburg. Bereits sein erstes Buch „Die Reise ins Reich: Unter Rechtsextremisten, Reichsbürgern und anderen Verschwörungstheoretikern“ hatte mich

schwer beeindruckt. Bei einer Online-Lesung zu Pandemiezeiten, hörte ich Teile aus diesem zweiten Band und Hintergründe zu seiner Recherche. Ich bestellte das Buch noch direkt, während die Veranstaltung lief.

Für beide seiner Bücher drang der Hamburger Schriftsteller und Theaterregisseur undercover tief in die rechte Szene ein. Auf diesem Weg nimmt er den Lesenden mit und taucht ein in eine gleichsam faszinierende wie auch tief verstörende Welt. Je nachdem, wie sehr man sich mit dem Thema der Reichsbürger:innen, Rechtsextremer Gruppen und Netzwerke beschäftigt hat, ist nicht alles neu, was man erfährt und viele Protagonisten sind bekannt – so nah und so intim kommt man aber selten an sie heran.

Die Ich-Perspektive erlaubt es dabei, seinen Beobachtungen und Überlegungen direkt zu folgen. Diese ordnet er dabei geschickt in einen Gesamtkontext ein, hinterfragt seine Schlussfolgerungen dabei aber auch stets kritisch und setzt damit keine „ultimative Meinung“. Besonders bemerkenswert erscheint dabei auch die Offenheit, mit welcher Tobias Ginsburg an das Thema herantritt. Es geht keinesfalls um das generelle Verteufeln des Antifeminismus, sondern um den Versuch, zu verstehen, welche Menschen hinter diesen Haltungen stehen, wie sie dahin gekommen sind und was für Folgen ihre Handlungen haben. Dabei ist der Leser selbst auch mit Beobachter und kann eigene Schlüsse aus den beschriebenen Erlebnissen und Erfahrungen des Autors ziehen.

Wie tief der Hass, aber auch die Netzwerke in den antifeministischen, frauenhassenden Gruppierungen reichen, war für mich in dieser Dimension völlig

fremd. Um uns hier hinein zu führen, trifft er selbsternannten Männerrechtler, rechtsradikale Burschenschaftler, faschistische Rapper, Incels, Identitäre und anderen Frauenfeinde, im Netz und in der echten Welt. Seine Wege führen ihn dabei auch in die USA und nach Polen – und zeigen, dass Ländergrenzen für den gemeinsamen Hass der Szenen keine Hürde darstellen.

Tobias Ginsburg liefert hier einen unschätzbaren Einblick in eine Welt, die man an der Oberfläche nur selten in dieser Dimension wahrnimmt – erhellend, erschreckend und traurig. Gleichzeitig liefert er mit seinem Schreibstil und dem Gefühl für Situationskomik auch immer wieder eine ordentliche Prise Humor, die es auch braucht, um

tiefer und aufrüttelnder Einblick in die Abgründe der toxischen Männlichkeit in all ihrer Facetten. Wobei es keinesfalls nur Männer sind, die sich in diesen Abgründen herumtreiben. Ganz praktisch hilft er dabei, bestimmte Gruppierungen, Akteure und Argumentationsstrategien einordnen zu können und so selbst handlungsfähiger zu werden.

Spannend erscheint mir dabei, dass ihm die Rolle des Rechtsextremen, die er für „Die Reise ins Reich“ annahm, für den die oft platten Parolen und Halbtun reichten, wesentlich leichter zu fallen scheint, als die durch tiefen Hass geprägte Rolle des Antifeministen. Nicht ohne Grund muss er sich im Laufe des Buches ein paar Mal neu erfinden, um eine Figur zu finden, mit der er selbst arbeiten kann, ohne sich zu sehr zu ekeln vor dem, was er darstellt. – Auch das sagt viel aus. Eine Führung von Frau Dr. Bergner für die Gruppe der „Liberalen Männer“ in Jena verpasst Ginsburg übrigens leider – es wäre sicher eine interessante Passage geworden.

Am Ende bleibt nur der Hut zu ziehen vor diesem Buch, welches tiefgründige Reportage und unterhaltsamer Roman zugleich ist. Und natürlich ist der Hut zu ziehen vor der Klugheit und auch besonders dem Mut des Autors!

„Am Ende steht ein tiefer und aufrüttelnder Einblick in die Abgründe toxischer Männlichkeit in all seinen Facetten.“

das Thema erträglich zu machen.

„Es wirkt so nett, normal und harmlos. [...] Meine Güte, was habe ich denn erwartet? Dass hier eine Bande Nazirocker im Keller lauert? ‚Komm, wir gehen ins Studio!‘, sagt Chris und führt mich die Treppe hinab. In den Keller. Wo eine Bande Nazirocker lauert.“ Das Lachen bleibt einem aber auch immer wieder im Halse stecken, angesichts dessen, was Ginsburg bei seinen Recherchen erlebt. Am Ende steht ein

Pauline Lörzer ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin für Europa, Kultur und Medien in der Linksfraktion.

„Die letzten Männer des Westens. Antifeministen, rechte Männerbünde und die Krieger des Patriarchats“ von Tobias Ginsburg.

Rewohlt Taschenbuch (19.10.2021)

Seiten: 336 Seiten

ISBN: 978-3-499-00353-0

THÜRINGEN

ÜBERALL GLEICH GUT.

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

gleichgut.die-linke-thl.de
gleichgut@die-linke-thl.de
#gleichgut

Die Fraktion DIE LINKE will gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land.

Schreiben Sie uns über Ihre Erfahrungen, Wünsche oder Sorgen zu dem Thema, per Email an gleichgut@die-linke-thl.de.

Mehr Infos zu „Thüringen. Überall gleich gut“ finde Sie auf: www.gleichgut.de

Parlamentsreport: Alle zwei Wochen druckfrisch und digital.

Der Neue ist da.

Online & gratis
zum download:

© W. Macheleidt 2021
www.die-linke-thl.de

Was machen eigentlich die Abgeordneten der Linksfraktion im Thüringer Landtag? Was motiviert sie für linke Politik? Wie kommt ein Gesetz zustande? Der „Parlamentsreport“ berichtet alle zwei Wochen über Anträge und Initiativen der Linksfraktion, liefert Analysen zur politischen Lage, blickt hinter die Kulissen des parlamentarischen Betriebs und hat linke Literatur und Kultur auf dem Radar.

Jetzt lesen: www.die-linke-thl.de/pr